

Wiessener Zeitung

(Neueste Nachrichten)

(Wiessener Tageblatt)

Bezugspreis 80 Pfg. monatlich

vierteljährlich 2,40 M., vorauszahlbar, frei ins Haus.
Abgeholt in unserer Expedition oder in den Zweig-
ausgabenstellen vierteljährlich 1,80 M. — Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag. — Redaktionschluss
täglich 8 Uhr. — Für Außenabnahme oder Auslieferung
nicht verlangter Abonnements wird nicht garantiert.
Druck der Wiessener Verlagsdruckerei, Albin Klein.

Expedition: Südanlage 21.

Anzeigenpreis 24 Pfg.

die 44 mm breite Zeitzeile, für Auswärts 30 Pfg.
Die 90 mm breite Werbefläche-Zeile 100 Pfennig
Extrablätter werden nach Gewicht und Größe
berechnet. Rabatt kommt bei Ueberlieferung des Zahlung-
weises (30 Tage), bei gerichtlicher Forderung oder bei
Konkurs in Wegfall. Plagiatvorwürfe ohne Verbindlichkeit.
Verlag der „Wiessener Zeitung“, Wiessen.

Nr. 114.

Telephon Nr. 302.

Samstag, den 14. Dezember 1918.

Telephon Nr. 302.

31. Jahrg.

Der Achtstundentag.

(Nachdruck erbeten.)

Von ihm wird die Landwirtschaft nicht betroffen. Der Bauer kann in Bezug auf die Arbeitszeit und die Erzeugung geteilt nicht reguliert werden. Die Natur läßt ein solches Unterfangen einfach nicht zu. Der Grund und Boden zeigen in nächster Nähe zu große Unterschiede, guter und schlechter, nasser und trockener Boden wechselt ständig einander ab, machen eine grundverschiedene Bewässerung notwendig, dazu kommt das Wetter, von dessen Launen kein Beruf mehr abhängt als derjenige des Landmannes. Jeden Tag macht es einen Strich durch seine Pläne. Der kleinste Zufall verursacht die beste oder schlechteste Ernte. Vor diesen Naturkatastrophen muß selbst die Sozialdemokratie Halt machen. Eine geregelte Arbeitszeit kann dem Bauer nicht vorgeschrieben werden. Etwas anderes dagegen ist's mit der Länge der Arbeitszeit, soweit fremdes, gegen Lohn gemietetes Personal in Betracht kommt. Weil der Staat noch das Recht für sich in Anspruch nimmt, die Arbeitszeit von Lohnarbeitern bezüglich ihrer Länge zu regulieren, muß auch der Landwirt sich gegen solchen staatlichen Eingriff gefallen lassen und wenn daher der Arbeitstag der gegen Lohn beschäftigten Leute auf 12 Stunden im Sommer, auf 11 Stunden im Winter festgesetzt wird, so muß sich der Landwirt darin schicken. Er wird aber durch Beschaffung von Maschinen nach Möglichkeit die Hilfe fremden Personals entbehren zu machen suchen, wird selbst mit seiner Familie wie schon von altersher Brauch — als erster und letzter zur Stelle sein und mitarbeiten. Dem Mittel- und Kleinbauern braucht es nicht Angst um die Zukunft zu sein, es sei denn, daß alle Abkürzungen wegfallen, was im neuen roten Staat wohl bald Gescheh wird. Dann aber verwertet er seine selbstgezeugenen Produkte, soweit wie angänglich, in eigenem Haushalt u. richtet sich mit den Verkaufsprodukten und ihren zweckmäßigsten Gewinnung nach dem Markt. Was am meisten lohnt, das baut er. Er bleibt aber Herr auf eigener Scholle, ein ungebundener selbständiger Mann.

Das Kleinhandwerk wird vom Achtstundentag keinen Nachteil, sondern weit mehr Vorteil ziehen. Es muß nur möglichst ohne fremdes Personal arbeiten, Motoren und Maschinen anschaffen. Für den Kleingewerbetreibenden und seine Familie gilt kein Achtstundentag. Er wird wieder konkurrenzfähig gegenüber den fortan schlechter lohnenden, in der Hauptsache auf Lohnarbeiter angewiesenen größeren gewerblichen Betrieben. Er wird gesucht, schließt sich mit Kollegen nach freier Vereinbarung, zur Uebernahme von größeren Arbeiten zusammen, wird als produktiver Stand ebenfalls frei und unabhängig bestehen. Die Zahl der Handwerker und Kleingewerbetreibenden wird sogar wachsen. Die vermehrte Zufuhr landwirtschaftlicher sowie gewerblicher Maschinen bringt verstärkte Aufträge, die Söhne der Handwerker bleiben wieder im sicheren und lohnenden Beruf des Vaters. Strebende Lohnarbeiter werden die Fabriken verlassen und sich eine feste Position im selbständigen Handwerk zu gründen suchen. Dazu gehören Fachkenntnisse, qualifizierte Arbeit, die Erlernung eines Berufes. Diese aber kann wiederum am besten im Handwerk erfolgen. Wenn auch die Lehroverträge wegfallen, die Arbeitszeit der Lehrbuben, die nicht Familienangehörige sind, auf 8 Stunden gekürzt wird, der Handwerker kann sich von nun ab auch dreifinden; er kann auch Volontäre annehmen, ja sogar die Innungen können als etwas unzeitgemäßes wegfallen. War doch im Mittelalter wie in der Neuzeit ihr Hauptziel den freien Wettbewerb fernzuhalten, die Preise hochzuhalten. Gegen einen freien Bauern- und Handwerkerstand kann die Sozialdemokratie nicht aufkommen. Die Mittel- und Großbetriebe, die in der Hauptsache auf Lohnarbeiten angewiesen sind, die bloß 8 Stunden schaffen, werden dagegen einen schweren Stand haben. Der Unternehmergewinn wird ohne Zweifel zurückgehen. Jeder Fabrikant wird bei der individuellen Beschaffenheit der Betriebszweige und Betriebsrichtungen in seiner Art überlegen und rechnen müssen, in welcher Gestalt er seinen Betrieb lohnend umstellt. Auf Kosten der Verbraucher, des Publikums wie selber kann kaum mehr gehen. Der verlorene Krieg zwingt ohne Widerrede zur Einschränkung auf allen Gebieten, das wucht auf die Fabrikproduktion zurück — Entlassungen der teuren Lohnarbeiter, Arbeitslosigkeit, Auswanderungen derselben müssen folgen. Einen großen Teil der Schuld daran haben eben die Lohnarbeiter sich selber zuzuschreiben.

Man glaubt durch Vergeßlichkeit, Sozialisierung der Großbetriebe im Gewerbe und Landwirtschaft dem kommenden Unheil zuzusteuern, Arbeitslosigkeit und sogar billige

Waren schaffen zu können. Welcher Irrtum! Als wenn schon niemals ein Staatsbetrieb billiger als ein Privatbetrieb gearbeitet habe. Betrachte man die Staats- und Gemeindebetriebe, da nimmt Jeder aus dem Vollen. Da hat der „Angestellte“ nicht das gleiche Interesse wie im Privatbetrieb. Den meisten ist die Hauptsache, bei möglichstst Schonung ihrer Arbeitskraft das vorgeschriebene Pensum Arbeitszeit klein zu kriegen. Alles in Allem! Das heißt: Einer verläßt sich immer mehr auf den andern. Von Wirtschaftlichkeit, Rentabilität ist keine Rede, zu all dem kommt aber noch der unerbittliche Zwang, die Unmöglichkeit zu wechseln und sich zu verändern. Ohne Zwang kein Sozialismus. Der legt die von Natur freien Menschen an die Kette. In der derzeitigen Privatwirtschaft kann jeder Lohnarbeiter, jeder Angestellte, wanns ihm paßt, seine Stelle wechseln, kann nach seinen Wünschen und Leistungen wählen, kann weiterstreben, kann sich selbständig machen, behält seinen Lebensstil, seine Lebensfreudigkeit. Der Weltkrieg hat wahrlich auf das Allerletzte bewiesen, was Zwangswirtschaft und Zwangsregulierung zu bestellen haben. Freiheit und Sozialismus über ein ganz bestimmtes Maß hinaus stehen sich wie Feuer und Wasser einander gegenüber.

Und gar die großen Güter sozialistisch bewirtschaften zu wollen, muß als Unfug sondergleichen bezeichnet werden. Ohne Entschädigung diese Güter kurzer Hand wegzunehmen, heißt mit Raub dem Volke vorangehen, heißt Stehlen und Unrecht zufügen. Ein Aufsteilen dieser Güter, Verkaufen an Bauern und Arbeiter hätte schon eher einen Sinn. Wieviel Lohnarbeiter aber werden sich finden unter Aufgabe ihres Achtstundentages und ihres guten Verdienstes den lauren Beruf des Bauern zu übernehmen? Wird ein einziger großstädtischer Lohnarbeiter etwa nach Ost- und Westpreußen als Landwirt gehen wollen, selbst wenn ihm dort auf einmal hundert Morgen Land geschenkt würden? Wenn alle Großgrundbesitzer ihr Eigentum, das ihnen von Gesetz und Rechtswegen zusteht, an ihre Verwandten und Freunde aufteilen! Wer will es ihnen verwehren? Mit dem Wegfall der Konzepte, mit der Aufhebung des Fideikommisses, der Unveräußerlichkeit von Familiengut, mit der verkürzten Arbeitszeit im Gewerbe wird ganz von selbst der Betrieb der großen Güter unlohnend, müssen diese im freien Verkehr parzelliert, zerkleinert werden. Sagte da kürzlich ein Bauer der Wetterau zu einem gräflichen Beamten: „Jetzt bekommen wir billiges Land, wenn der Großgrundbesitz zerfallen wird.“ Der Beamte fragte den Bauer, wieviel Morgen er selbst bewirtschaftete. Auf die Antwort, daß es 40 Morgen seien, und der Beamte darauf erwiderte, die Lohnarbeiter hielten diese Morgenzahl schon für zuviel; 20 Morgen müßten davon mindestens abgegeben werden, da verstumme der Mann. Ein anderer tat den weisen Ausspruch, jedem Millionäre müsse die Hälfte seines Vermögens abgenommen werden. Er bekam die Antwort, die Lohnarbeiter verlangten, daß schon jeder der 40 000 M. besitze, mindestens die Hälfte hergeben müßte. Auch er verstummte bald. Wir haben jetzt ein republikanisches Staatswesen. Der alte Ständestaat besteht nicht mehr. Damit sind auch manche Vorteile verbunden. Nicht der geringste ist aber, daß dadurch die Handarbeit wieder geachtet wird, die so sehr in Mißacht geraten war. Selbst Lumpen und Habenichtse schämten sich der Hand- und körperlichen Arbeit. Angestellte hohen und niedrigen Ranges schauten scheel auf sie herab. Fortan muß das aufhören. Schon die Not, die teure Zeit wird die Menschen unweigerlich dazu zwingen. Die Anschauung muß Allgemein gut werden, daß die Berrichtung selbst sogenannter niedriger Arbeiten nicht schändet. Berufe jeder Einzelne, jede Familie in weitgehender in Maße ihre häuslichen und sonstigen zum Leben notwendigen Dienste selbst, mache sich jeder möglichst unabhängig von fremder Hilfe, lasse falschen Stolz und Hochmut fahren. Mögen sich beispielsweise der Bürger Töchter wieder wie ehedem einfach kleiden, einfach leben, nähen und stricken; das Dienstpersonal erleben, sie kriegen wieder Männer, werden ihrem eigentlichen Lebensberuf als Hausfrau zugeführt.

Also nicht verjagen, nicht murren und anklagen, sondern durch Hammerschläge an die eigene Brust mit der Reformation anfangen. Nur so löst sich die soziale Frage ganz von selbst, kehrt wieder Zufriedenheit zurück, werden wir von dem drohenden Unheil, dem Wirsal, dem Chaos, in das uns jede sozialdemokratische Wirtschaft stürzen wird, enttrinnen. Nicht Sozialismus, der dem Einzelnen die Verantwortung, die persönliche Freiheit nimmt, vielmehr Individualismus, frei und selbständig um ihre Erfindung ringende Persönlichkeiten und Stände schaffen, das muß die Lösung, das Ziel sein. Freie Bahn den Tüchtigen!

Waren schaffen zu können. Welcher Irrtum! Als wenn schon niemals ein Staatsbetrieb billiger als ein Privatbetrieb gearbeitet habe. Betrachte man die Staats- und Gemeindebetriebe, da nimmt Jeder aus dem Vollen. Da hat der „Angestellte“ nicht das gleiche Interesse wie im Privatbetrieb. Den meisten ist die Hauptsache, bei möglichstst Schonung ihrer Arbeitskraft das vorgeschriebene Pensum Arbeitszeit klein zu kriegen. Alles in Allem! Das heißt: Einer verläßt sich immer mehr auf den andern. Von Wirtschaftlichkeit, Rentabilität ist keine Rede, zu all dem kommt aber noch der unerbittliche Zwang, die Unmöglichkeit zu wechseln und sich zu verändern. Ohne Zwang kein Sozialismus. Der legt die von Natur freien Menschen an die Kette. In der derzeitigen Privatwirtschaft kann jeder Lohnarbeiter, jeder Angestellte, wanns ihm paßt, seine Stelle wechseln, kann nach seinen Wünschen und Leistungen wählen, kann weiterstreben, kann sich selbständig machen, behält seinen Lebensstil, seine Lebensfreudigkeit. Der Weltkrieg hat wahrlich auf das Allerletzte bewiesen, was Zwangswirtschaft und Zwangsregulierung zu bestellen haben. Freiheit und Sozialismus über ein ganz bestimmtes Maß hinaus stehen sich wie Feuer und Wasser einander gegenüber.

Schleunigste Einberufung der Nationalversammlung

fordert einstimmig die Generalversammlung des sozialdemokratischen Parteiorganisations für Berlin

Bad Nauheim, 11. Ds. Heute vormittag hielten etwa 300 Angehörige der Soldatenräte des 18. Armee-Korps in der hiesigen Turnhalle eine Versammlung ab. Den Vorsitz führte der Vertrauensmann des 18. Armee-Korps, Sergeant Krenner. Redakteur Altmeyer sprach über die innere und äußere Lage der deutschen Republik. Hauptmann Müller gab Richtlinien für die Soldatenräte. Oberleutnant Etenbach hielt einen Vortrag über Demobilisationsfragen. Nach dem Vortrag des Redaktors Altmeyer wurde folgende Entschließung gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die heute in Bad Nauheim tagende Nationalversammlung der Truppen des Bezirks des 18. Armee-Korps bekennt sich zu der Regierung, Ebert, Haase und fordert die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zur Sicherung und zum Aufbau der Republik. Die Versammlung verurteilt als schärfste das unverantwortliche Treiben der Spatskudeln und verlangt von der Regierung, daß sie hier sofort mit allen Mitteln ein Ende macht. Als ebenso selbstverständlich muß jeder Versuch gegen die Revolution, der von rechts gemacht wird, aufs schärfste bekämpft werden.“

Aus Stadt und Land.

Kontrollrat an Stelle der Bezirkskommandos. Die Regimentskommandos Darmstadt I und II, Frankfurt I und II, Höchst a. M., Mainz, Wiesbaden, Worms und Koblenz sind aufgelöst. An ihre Stelle treten militärische Angelegenheiten, Versorgungsanstalten, Entlassungen usw. erlenen die an obigen Orten bestehenden Kontrollräte.

Französische Preise. Wie in der Wahl, so haben auch in ganz Rheinhessen die Franzosen den Preis für ein Liter Wein auf 1,60 Mark festgesetzt. Döhner bezahlen sie das Stück mit 2,50 Mark. Den Franken bewerten sie mit 53 Pfennig.

Grünberg. Im Bauwirtschaftlichen wurde der Bergmann als aus Eitingshausen von einer abfälligen Felswand verschüttet und getötet.

Bad Nauheim. Während einigam die Revolutionäre in Stadt und Land toben, gründet man hier in aller Gemütsruhe einen „Verband der Bad-Nauheimer Hotel-Industrie und verwandter Betriebe.“ Den Vorsitz übernimmt Hotelbesitzer Schaller.

Friedberg. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat das hiesige Großherzogliche Schloss beschlagnahmt und seine Geschäftsstelle dorthin verlegt.

Friedberg. Nach Mitteilung des Kreisamtes will eine größere Anzahl Kriegsgefangener nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren, sondern in Deutschland bleiben. Die Gemeinden erhielten Anweisung, für diese Leute entsprechende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. (Hoffentlich nicht auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft. Die R.d.)

Söhnten. Der Begründer der hiesigen Säge- und Impfanterie J. Himmelsbach, und der Zweigwerke in Altda und Griesdorf, Joseph Himmelsbach, stiftete aus Anlaß seines 70jährigen G. burs tags 100 000 Mark zum Wohle bedürftiger Angehender und Arbeiter. Er selbst wurde in Anerkennung seiner Verdienste um die heimische Industrie zum Kommerzienrat ernannt.

Hüßelsheim. Die Arbeiterschaft der Opelwerke hat unter der Drohung der sofortigen Arbeitsniederlegung den Eintritt des Generaldirektors W. Wende, des Betriebsmeisters Nidel und des Obermeisters Deisbach erzwungen.

Mainz. Aus den von feindlichen Truppen besetzten Gebieten sind Nachrichten hier eingetroffen, nach denen für eine Reihe Artikel von den Franzosen Höchstpreise festgelegt worden sein sollen, die wesentlich hinter den jetzigen zurückbleiben. Einen Liter Wein muß der Erzeuger für eine Mark verkaufen.

Worms. Im angeblichen Auftrag des Berliner Arbeit- und Soldatenrates ließen sich fünf bewaffnete Soldaten unter schweren Androhungen gegen das Leben des Bürgermeisters aus der Gemeindefolge in Büttel 5000 Mark auszahlen und beschwanden mit dem Raub. Auch in anderen Orten Rheinhessens soll das Mandat gelungen sein.

